

# Kommunal – Information

01.12.2010

**kommunalpolitisches forum  
Sachsen-Anhalt e.V**

---

[www.kf-lsa.de](http://www.kf-lsa.de)

[Mitglied werden](#)

[Kontakt](#)

[Impressum](#)

---

## Inhalt

### 1. Themen

#### 1.1 Daseinsvorsorge

#### 1.2 Kommunen und Finanzkrise

#### 1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung

#### 1.4 Verschiedenes

### 2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

### 3. Veranstaltungen

### 4. Veröffentlichungen

## 1.1 Daseinsvorsorge

### Rekommunalisierung – neue alte Wege der öffentlichen Daseinsvorsorge

Derzeit gibt es in einigen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge eine Rekommunalisierungs-Bewegung. So wurde auch im Land Berlin eine "Arbeitsgruppe Rekommunalisierung" eingerichtet, die sich insbesondere mit den Bereichen Wasser, Strom, Gas und Nahverkehr befasst. Hauptargument für eine Rekommunalisierung ist, dass man bestimmten öffentlichen Kernaufgaben besser gerecht wird, wenn sie in öffentlicher Regie durchgeführt werden. Unter Rekommunalisierung wird dabei nicht immer dasselbe verstanden. Der Begriff umfasst das Spektrum von einer nur begrenzten Verstärkung des öffentlichen Einflusses auf private oder teilprivatisierte Unternehmen bis hin zur umfangreichen Rückübertragung von Aufgaben, die künftig mit eigenen Sach- und Personalmitteln wahrgenommen werden.

*Mehr ist beim „Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) Berlin“ zu erfahren, welches als größtes Stadtforschungsinstitut Deutschlands die Kommunen bei der Bewältigung der immer komplexer werdenden kommunalen Aufgaben unterstützt.*

### **Der Rückkauf kommunaler Unternehmen ist kaum vorstellbar**

Viele Städte bereuen den Verkauf kommunaler Unternehmen, bedeutete das doch das Ende der

politischen Handlungsfähigkeit. Doch ein Rückkauf ist zu teuer. Bloß weg damit. Ob Energieerzeuger ...  
[mehr](#)

### **Schritte zur Schaffung eines kommunalen Energieunternehmens**

DIE LINKE Berlin begrüßt die Vereinbarung über die Gründung einer gemeinsamen »Entwicklungs-Plattform Berlin Energie«. Damit geht Berlin weiter voran auf dem Weg zu einer Modellstadt für eine zukunftsfähige Energieversorgung.

<http://www.die-linke-berlin.de/nc/politik/presse/detail/zurueck/aktuell/artikel/buerger-stadtwerk-demokratisch-oekologisch-und-sozial/>

## **1.2 Kommunen und Finanzkrise**

**Die Fraktion DIE LINKE führte am 19. Oktober 2010 im Rahmen der Kampagne "Kommunale Kassen stärken, Öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort sichern" in Halle eine öffentliche Fraktionssitzung durch.**

**[DOWNLOAD \(PDF\) "KOMMUNALE KASSEN STÄRKEN, DASEINSVORSORGE SICHERN"](#)**

### **[Ausgaben für Grundsicherung im Alter steigen - Entlastung der Kommunen unverzichtbar](#)**

„Diese Entwicklung überfordert die kommunalen Haushalte und wird mit Blick auf die demographische Entwicklung sowie den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung noch weiter an Schärfe gewinnen,“ betonte Dr. Gerd Landsberg.

Mittlerweile beziehen rund 764.000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Seit dem ersten Erhebungsstichtag Ende 2003 als noch rund 439.000 gemeldet waren, hat sich die Zahl um rund 325.000 (+ 174%) erhöht. Überproportional angestiegen sind die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese haben sich seit der Einführung im Jahr 2003 beinahe verdreifacht und liegen bei 3,9 Mrd. Euro.

Die Kosten bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden auch wegen der demografischen Entwicklung weiter steigen. Ein Ende ist nicht abzusehen. Die Leistungen können nicht allein von den Kommunen getragen werden. „Der von der Bundesregierung beschlossene Wegfall des Heizkostenzuschusses im Rahmen des Wohngeldgesetzes sowie die geplante Streichung des Rentenversicherungsbeitrags für Hartz IV-Empfänger wird die Situation zusätzlich verschärfen“, sagte Landsberg.

Ein Hauptgrund für die steigende Zahl der Grundsicherungsempfänger liegt darin, dass viele Menschen aufgrund von Einschnitten in vorgelagerten Sicherungssystemen nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt mit Rentenbezügen zu bestreiten.

## **1.3 Kommunales Recht und Rechtsprechung**

### **Kita-Urteil: Wegweisendes Urteil des Verfassungsgerichtshofes NRW**

Die nordrhein-westfälischen Städte und Landkreise müssen für zusätzliche Kosten bei der Kinderbetreuung einen Ausgleich vom Land erhalten. Das hat der Verfassungsgerichtshof in Münster am Dienstag entschieden. Die Kommunen sprechen von einem wegweisenden Urteil - mit einer Signalwirkung auch für die Bundesregierung.

<http://www.dstgb.de/dstgb/Pressemeldungen/Kita-Urteil%3A%20Wegweisendes%20Urteil%20des%20Verfassungsgerichtshofes%20NRW/>

### **BGH-Rechtsprechung: Öffentliche Auftraggeber haften für Mehrkosten bei verspätetem Baustart**

Verschiebt sich bei öffentlich ausgeschriebenen Bauaufträgen der Zuschlag auf das eingereichte Angebot sowie der Baubeginn, haftet der Auftraggeber dem Bieter für daraus entstehende Mehrkosten. Selbst bei frühzeitiger Mitteilung eines neuen Baubeginns im Zeitpunkt des Vertragsschlusses haftet die Öffentliche Hand.

<http://juris.bundesgerichtshof.de/cgi-bin/rechtsprechung/document.py?Gericht=bgh&Art=pm&Datum=2010&Sort=3&Seite=1&nr=53165&linked=urt&Blank=1&file=dokument.pdf>

## 1.4 Verschiedenes

### **Gemeinden profitieren vom „direkten Draht“ zueinander**

Zu einem gemeinsamen Treffen kamen zahlreiche Bauhofleiter aus den Kommunen des Vogelsbergkreises zum Bauhof der Gemeinde Gemünden, wo sie von Bürgermeister Lothar Bott ...

[mehr](#)

### **Die Zeit der grauen Wölfe**

Ein Blick in unsere Parlamente genügt: Die meisten Mandatsträger sind 40 Jahre aufwärts. Junge Leute fallen auf, zumal sich viele Abgeordnete noch rühmen, ihren Platz im Bundestag schon seit ...

[mehr](#)

## 2. Problemfelder aus Landtag und Landesregierung

### **André Lüderitz zum Entwurf eines Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt**

Das in der ersten Lesung vorgestellte Wassergesetz ist kein Beispiel für das Land der Frühaufsteher, es ist eher ein Beispiel für die Langschläfer. Denn das Wasserhaushaltsgesetz des Bundes ist bereits am 29. Juli 2009 im...

MEHR

### **Birke Bull zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Landesrechts aufgrund der bundesrechtlichen Einführung des Rechtsinstituts der Eingetragenen Lebenspartnerschaft**

Die LINKE begrüßt selbstverständlich den vorgelegten Gesetzentwurf, geht doch der viel erwähnte Beschluss des Landtags auf eine Initiative meiner Fraktion zurück. „Es ist vollbracht!“, könnte man sagen. Lang genug hat es...

MEHR

### **André Lüderitz zum Einsatz der EU-Mittel für den vorbeugenden Hochwasserschutz durch die Landesregierung**

Die beantragte Debatte zum Einsatz oder besser zur Umschichtung von EU-Mitteln aus dem Hochwasserschutz in andere Fördertöpfe befasst sich nicht unmittelbar mit den Hochwassersituationen an der Schwarzen Elster, Ehle oder...

MEHR

### **Birke Bull zur Neuberechnung der Regelsätze im SGB II**

Die Bundesregierung hat ihre Vorstellungen für eine Neuberechnung der Regelsätze vorgelegt, hat also ihre Hausaufgaben nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vorgelegt. Das Ergebnis ist, wie ich finde, zu Recht auf...

MEHR

### **Gerald Grünert zum Entwurf eines Gesetzes über die Neugliederung der Gemeinde Allrode betreffend den Landkreis Harz**

In seiner Sitzung am 23.09.2010 beschäftigte sich der Innenausschuss mit der vorliegenden Drucksache und empfiehlt dem Landtag mit 10 zu 1 zu 0 Stimmen die Zuordnung der Gemeinde Allrode in die Stadt „Oberharz am Brocken“. Obwohl keinerlei sachliche Gründe für eine Behandlung dieser Angelegenheit erst im November vorlagen, wird in der heutigen Sitzung nun hoffentlich der Abschluss dieses Verfahrens vollzogen.

MEHR

### [Sabine Dirlich zu Fünf Jahre Hartz IV und die Entwicklung in Sachsen-Anhalt Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE - Drs. 5/2584](#)

Die Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Thema „Fünf Jahre Harz IV und die Entwicklung in Sachsen-Anhalt“ liegt seit Juli dieses Jahres vor. Sie steht deshalb erst heute auf der Tagesordnung, weil wir uns die...

[MEHR](#)

### [Dr. Uwe-Volkmar Köck zum Entwurf der Verordnung über den Landesentwicklungsplan 2010 des Landes Sachsen-Anhalt](#)

Umweltminister Dr. Aeikens hat gestern eine flammende Rede für den Schutz der Umwelt gehalten. Wenn man seine Schwerpunkte mit den Anstrichen des Entschließungsantrages der Fraktion DIE LINKE vergleicht, kann man eine...

[MEHR](#)

### [Dr. Detlef Eckert zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rettungsdienstgesetzes Sachsen-Anhalt](#)

Es ist schon bemerkenswert: Im März noch eine strikte Ablehnung einer Novellierung des Rettungsdienstgesetzes, nach der Anhörung am 2. Juni Nachdenken und dann die Ankündigung, einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen zu...

[MEHR](#)

## 3. Veranstaltungen

- **10. Dezember 2010**  
**Privatisierung kommunaler Krankenhäuser - Chancen, Risiken, Alternativen**  
Veranstalter: KWI Potsdam  
Ort: Potsdam  
Info: [http://www.uni-potsdam.de/u/kwi/aktuelles/aktuelles\\_20101210.html](http://www.uni-potsdam.de/u/kwi/aktuelles/aktuelles_20101210.html).
- **Jahreshauptversammlung des „kommunalpolitisches forum“**  
**Datum: 29. Januar 2011**  
**Ort: Landtag von Sachsen-Anhalt (Raum 105)**  
**Domplatz 6-9**  
**Magdeburg**

## 4. Veröffentlichungen

- **Strukturatlas**  
Verwaltungsaufbau des Landes Sachsen-Anhalt, Stand: 01.07.2010



[Download](#)

## Ein neuer "Behördenfinder Deutschland"

Seit kurzem ist eine vereinfachte, noch nutzerfreundlichere Version des Behördenfinders Deutschland (BFD) verfügbar:

<http://www.behoerdenfinder.de>

- **Bürgerbefragung öffentlicher Dienst 2010 - Bürger wollen starken Staat**  
80 Prozent der BürgerInnen halten eine starke öffentliche Verwaltung für unerlässlich. Entgegen den Klischees in der veröffentlichten Debatte werden die BeamtInnen inzwischen durchaus positiv gesehen. BürgerInnen machen bei Behördenbesuchen zunehmend positive Erfahrungen - inzwischen meinen 86 Prozent, die MitarbeiterInnen seien freundlich gewesen und 69 Prozent sagen, ihre Angelegenheit sei sofort bearbeitet worden.  
[http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb-pdf/forsa\\_2010-inhalt.pdf](http://www.dbb.de/dbb-beamtenbund-2006/dbb-pdf/forsa_2010-inhalt.pdf)
- **Studie: Kluft zwischen starken und schwachen Regionen nimmt zu**  
Die Kluft zwischen starken und schwachen Regionen in Deutschland wird immer größer. Denn die wachstumsstarken Städte und Kreise vor allem im Süden und Südwesten der Republik eilen den restlichen Regionen wirtschaftlich immer weiter davon. Das ist ein zentrales Ergebnis des "Zukunftsatlas 2010", in dem das Schweizer Wirtschaftsforschungsinstitut Prognos für das "Handelsblatt" die Zukunftsfähigkeit aller 412 deutschen kreisfreien Städte und Kreise untersuchte.  
[http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/downloads/Prognos\\_Zukunftsatlas\\_2010\\_Auf\\_einen\\_Blick.pdf](http://www.prognos.com/fileadmin/pdf/downloads/Prognos_Zukunftsatlas_2010_Auf_einen_Blick.pdf)

## 5. Vereins-Organisatorisches

Die Geschäftsstelle des Vereins veröffentlicht hier die ab 1. Januar 2011 geltende Beitragsordnung und möchte damit auf Veränderungen aufmerksam machen.

# Beitragsordnung

des „kommunalpolitisches forum“ Sachsen-Anhalt e.V.

Die Mitgliederversammlung beschließt entsprechend der Satzung § 5 nachfolgende Beitragsordnung:

## § 1 Grundsatz

Durch die Wahrnehmung seiner Aufgaben entstehen dem Verein Kosten, die vorwiegend durch eine einmalige Aufnahmegebühr, durch Mitgliedsbeiträge, durch Spenden sowie durch Zuschüsse aufgebracht werden sollen.

## § 2 Aufnahmegebühr

- (1) Jede natürliche Person entrichtet eine einmalige Aufnahmegebühr in Höhe von 5,00 Euro.
- (2) Jede juristische Person entrichtet eine einmalige Aufnahmegebühr in Höhe von 20,00 Euro.
- (3) Mit der erstmaligen Entrichtung der Aufnahmegebühr wird ein Mitgliedsausweis ausgehändigt, der zu einer Ermäßigung bei Veranstaltungsgebühren sowie der Kosten für den Erwerb von Publikationen des Vereins berechtigt.

### **§ 3 Mitgliedsbeitrag/Höhe**

- (1) Jedes Mitglied entrichtet einen Jahresbeitrag in Höhe von 36,00 Euro. SchülerInnen, StudentInnen und EmpfängerInnen von Sozialleistungen nach SGB II und SGB XII entrichten einen Jahresbeitrag von 12,00 Euro.
- (2) Juristische Personen entrichten einen Jahresbeitrag in Höhe von 125,00 Euro.
- (3) Auf Antrag kann der Beitrag reduziert werden.
- (4) Bei Austritt aus dem Verein besteht kein Anspruch auf eine anteilige Rückerstattung des Jahresbeitrages.

### **§ 4 Einzugsermächtigung**

- (1) Grundsätzlich sind Mitgliedsbeiträge per Einzugsermächtigung beizubringen.
- (2) In Ausnahmefällen ist eine Überweisung oder Einzahlung auf das

**Konto: 32 00 44 45,**  
bei der  
**Stadtsparkasse Magdeburg**

**Bankleitzahl: 810 532 72**

oder **bar** in der Geschäftsstelle des Vereins statthaft.

### **§ 5 Fälligkeit des Mitgliedsbeitrages**

- (1) Der Mitgliedsbeitrag sollte in der Regel jährlich entrichtet werden.
- (2) Der Fälligkeitstermin ist jeweils das 1.Quartal des Jahres.

### **§ 6 Spenden**

- (1) Spenden können jederzeit auf das Konto entsprechend § 4 Abs. 2 oder bar in der Geschäftsstelle des Vereins eingezahlt werden.
- (2) Den Spendern wird jährlich eine Spendenbescheinigung ausgehändigt.
- (3) Spenden sind mit dem jeweiligen Jahresabschluss des Vereins auszuweisen.

### **§7 Teilnehmerbeiträge/Entgelte**

- (2) Die Teilnehmerbeiträge betragen pro Person:

für Veranstaltungen des Vereins (für Nichtmitglieder)	3,00 Euro
2-tägige Seminare (ohne Übernachtung/ Versorgung)	10,00 Euro
2-tägige Seminare (mit Versorgung)	16,00 Euro
2-tägige Seminare (mit Übernachtung/ Versorgung)	30,00 Euro

- (3) Mitglieder des Vereins entrichten bei Vorlage des Mitgliedsausweises pro Person:

2-tägige Seminare (ohne Übernachtung/ Versorgung)	6,00 Euro
2-tägige Seminare (mit Versorgung)	10,00 Euro
2-tägige Seminare (mit Übernachtung/ Versorgung)	20,00Euro

(4) Schriftenreihen und Info-Material des Vereins werden gegen Entgelt abgegeben.

(5) Zu entrichten sind für Nichtmitglieder

für Studien	von 3,00 Euro bis 5,00 Euro
für Handreichungen	von 1,00 Euro bis 2,50 Euro
für Kommunalinfo	3,00 Euro

(6) Mitglieder des Vereins zahlen ein ermäßigtes Entgelt.

für Studien	2,00 Euro
für Handreichungen	0,00 Euro
für Kommunalinfo	1,50 Euro

## **§ 8 Inkrafttretung**

Die Beitragsordnung tritt mit Beschlussfassung am **01.01.2011** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Beitragsordnung vom **01.01.2002** außer Kraft.